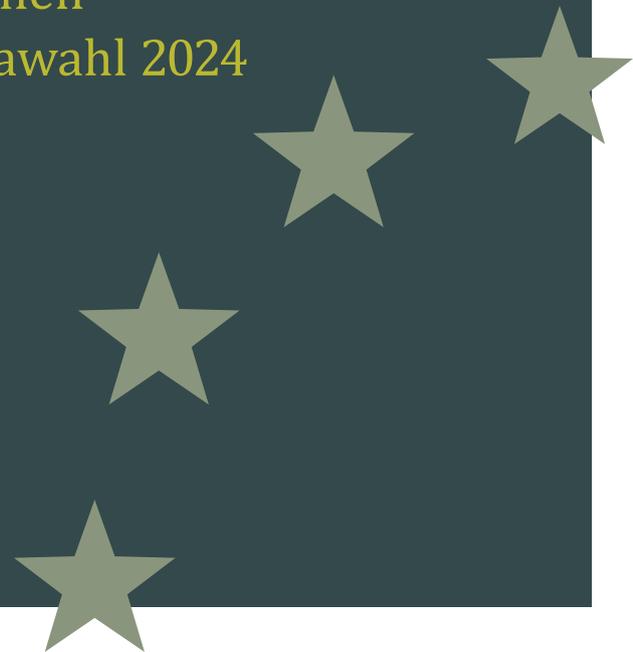




EU-WALDPOLITIK NEU AUSRICHTEN

WALDBEWIRTSCHAFTUNG
ZUKUNFTSFEST GESTALTEN

Forderungen der deutschen
Waldbesitzer zur Europawahl 2024



FÜNF FORDERUNGEN FÜR EINE ZUKUNFTSFESTE WALDBEWIRTSCHAFTUNG

1. Subsidiarität als Grundprinzip der EU stärken - Waldbewirtschaftung muss wieder zurück in die Verantwortung der Mitgliedstaaten

- Die EU hat keine Gesetzgebungskompetenz im Bereich Forstwirtschaft, bemächtigt sich aber immer wieder über Umwege der Forst-Themen.
- Damit muss Schluss sein! Das Subsidiaritätsprinzip der EU muss wieder zur Wirkung kommen: Was auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene geregelt werden kann, ist auch dort zu regeln.

2. Ganzheitlich denken und handeln - alle Öko- systemleistungen des Waldes berücksichtigen

- Eine Vielzahl forstpolitischer Initiativen der EU scheint darauf abzu- zielen, die Waldbewirtschaftung unter Missachtung der Vielfalt der Öko- systemleistungen allein auf ökologische Kriterien auszurichten. Das darf nicht länger der Weg sein!
- Multifunktionale Waldbewirtschaftung heißt, neben den ökologischen auch die sozialen und ökonomischen Aspekte zu berücksichtigen.

3. Bessere Rechtsetzung - Kontraproduktive Nebenwirkungen forstpolitischer EU-Initiativen vermeiden

- Vielfältige Auflagen bei der Waldbewirtschaftung führen zu immer höheren monetären Verlusten in den Forstbetrieben, die nicht länger tragbar sind.
- Zukünftig müssen für alle geplanten Wald-Rechtsnormen ex ante die ökonomischen Auswirkungen analysiert werden. Der bisher kaum vorhandene Austausch zwischen der Kommission und den Forst- praktikerinnen und -praktikern muss deutlich forciert werden, um praxisferne Regelungen zu verhindern.

4.

Fakten statt Meinungen - Forstpolitik wissensbasiert und faktenorientiert gestalten

- Wir appellieren mit Nachdruck an die politischen Akteure, faktenarmen politischen Forderungen keinen weiteren Raum zu geben.
- Wir müssen zu sachgerechten Argumenten zurückkehren und endlich wieder die nachhaltige Waldbewirtschaftung als naturnächste Form der Ökosystemnutzung wahrnehmen und anerkennen.

5.

Mitwirkung praktizieren: Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer in die Politikgestaltung einbinden

- Politik ohne Partizipation und Akzeptanz ist zum Scheitern verurteilt. Rechtsnormen dürfen nicht länger ohne die Mitwirkung derer gesetzt werden, die sie vor Ort umsetzen sollen.
- Wir fordern einen Dialog auf Augenhöhe zwischen Waldbesitz und Politik – Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer sind nicht die „Befehlsempfänger“ einer fehlgesteuerten EU-Politik.

Wälder bedecken mit einer Ausdehnung von 182 Mio. Hektar rd. 40 Prozent der Landfläche Europas, 60 Prozent davon befinden sich im Privatbesitz und werden von etwa **16 Mio. Waldbesitzerinnen und Waldbesitzern** bewirtschaftet. Von den Korkeichen Portugals bis zu den großen Kiefernwäldern Finnlands zeigt sich eine immense Vielfalt hinsichtlich der Klimabedingungen, Böden und Baumarten sowie vor allem der Menschen, die mit viel Herzblut und enormem Engagement diese Wälder pflegen.

Die europäische Forst- und Holzwirtschaft generiert eine jährliche totale Brutto-Wertschöpfung von

1,1 Billionen Euro

Dies entspricht der Wirtschaftsleistung Spaniens. Sie sichert

17,5 Millionen Arbeitsplätze

Damit ist jeder 16. Arbeitsplatz in Europa unmittelbar oder mittelbar mit der Forst- und Holzwirtschaft verbunden. Jeder achte europäische Waldbesitzer ist in Deutschland zu Hause. Hier sind die Besitzstrukturen oftmals sehr kleinteilig, der durchschnittliche Waldbesitz liegt bei unter drei Hektar.

Die nachhaltige Waldbewirtschaftung spielt auf dem Weg zu einem klimaneutralen Europa eine bedeutende Rolle. Denn: Wälder binden Kohlenstoff und das in ihnen gewachsene Holz ersetzt als ökologisches Hightechprodukt sowohl stofflich als auch energetisch klimaschädliche Materialien wie Beton, Stahl, Kohle, Öl oder Gas auf fossiler Basis. Die **Forstwirtschaft als Basis einer holzbasierten Bioökonomie** bietet in Deutschland rd. einer Million Menschen im Cluster Forst und Holz Beschäftigung und dies insbesondere in strukturschwachen ländlichen Regionen.

Wald-Ökosysteme sind darüber hinaus **Hort großer biologischer Vielfalt**, sie filtern Wasser und Luft, schützen den Boden und bieten vielen Menschen Erholung. Viele Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer haben eine **starke emotionale Bindung** zu ihrem Wald, der häufig von Generation zu Generation weitergegeben wird. Waldpflege und Waldnutzung sind auch Ausdruck der **Verwurzelung im ländlichen Raum**, den die Politik deutlich stärker als bisher wieder in den Fokus nehmen muss.

Von entscheidender Bedeutung im Umgang mit dem Klimawandel und für die Begrenzung der Erderwärmung ist der Erhalt der **Vielfalt der Wälder** durch die Mannigfaltigkeit und die **Freiheit ihrer Bewirtschaftung**. Angesichts der Unsicherheit der zukünftigen klimatischen Entwicklungen werden **Bewirtschaftungsfreiheit und Handlungsspielräume** im Hinblick auf Baumartenwahl, Waldbauverfahren und Betriebsmodelle mehr denn je erforderlich, um die Wälder standortangepasst und klimaresilient umzubauen.

Im Gegensatz hierzu gibt es **auf EU-Ebene immer strengere Regulierungen**, genau dies einzuschränken und auf die Waldbewirtschaftung der Mitgliedstaaten massiv Einfluss zu nehmen. Die häufig festzustellende **vorrangige, nicht ganzheitliche Ausrichtung auf Biodiversitätsziele** missachtet die große Vielfalt der weiteren Wald-ökosystemleistungen. Einschränkungen der Holzproduktion in Form von pauschalen Stilllegungen reduzieren die Klimaschutzleistung des Waldes zugunsten eines vermeintlichen Naturschutzes. Die EU darf nicht leichtfertig auf die heimische Holzerzeugung und damit Wertschöpfung verzichten und ebenso leichtfertig in Kauf nehmen, dass wir unser **nachhaltiges heimisches Holz durch Importe aus Drittstaaten ersetzen**. Die fragwürdigen Beschlüsse bei der EU-Biodiversitätsstrategie, bei der LULUCF-Verordnung, der Sustainable Finance Taxonomy, beim Nature Restoration Law sowie insbesondere bei der Deforestation Regulation (EUDR) und die heftigen Diskussionen um RED III sowie das vorgelegte Forest Monitoring Law zeigen, dass eine **Neuausrichtung der EU-Waldpolitik** dringend notwendig ist. Waldpflege und Holzverwendung dürfen nicht länger noch weiter eingeschränkt werden. Neuen **Bürokratiebelastungen, Monitoring- und Berichtspflichten**, die mit aller Last insbesondere den Kleinprivatwald treffen, ist eine klare Absage zu erteilen.

WIR FORDERN DESHALB:

1.

Subsidiarität als Grundprinzip der EU stärken – Waldbewirtschaftung muss wieder zurück in die Verantwortung der Mitgliedstaaten

Die Römischen Verträge, das Fundament der Europäischen Union, stellen die Forstwirtschaft, anders als die Land- und Fischereiwirtschaft, nicht in die EU-Kompetenz. Nichtsdestotrotz wurden über die Rechtskonstruktion der „geteilten Zuständigkeit“ in den letzten Jahren mit steigender Intensität rd. 50 waldbezogene Rechtsvorschriften ausgehend vom Umweltbereich erlassen. Dieses **Top Down-Vorgehen negiert die Vielfalt der Wälder und der Menschen**, die sie bewirtschaften. Die EU muss sich auf die Setzung von Zielen besinnen und von bürokratischen, übermäßig detaillierten Regelungsansätzen Abstand nehmen. Die europäischen Wälder sind zu vielfältig, als dass sie mit einer „One size fits all-Lösung“ reguliert werden können. Das **Subsidiaritätsprinzip der EU ist endlich wieder mit Leben zu füllen**. D.h. ein Vorgehen auf EU-Ebene ist immer nur dann gerechtfertigt, wenn keine lokalen, regionalen oder nationalen Handlungsoptionen bestehen – diese sind in der weit überwiegenden Zahl der Fälle in der Forstpolitik allerdings gegeben. Bund und Länder müssen daher viel deutlicher als bisher auf ihre jeweiligen Zuständigkeiten verweisen und übergriffige EU-Regulierungsbestrebungen verbunden mit erheblichen Bürokratielasten klar zurückweisen bzw. unterbinden.

Stopp - so geht es nicht!



Mit Beginn des Green Deals hat sich die Taktung von walddrelevanten Rechtsinitiativen gravierend gesteigert, an Detailtiefe zugenommen und damit die Umsetzungsflexibilität für die Mitgliedstaaten unrechtmäßig eingeschränkt. Aktuell sind hier zu nennen: Forest Monitoring Regulation, Carbon Removal Certification, Nature Restoration Law, RED III, Deforestation Regulation, Taxonomie-Verordnung, Bioeconomy Strategy, Soil Strategy, New Common Agricultural Policy (CAP), Natura 2000-Thematik, LULUCF-Implementation, REDIII-Umsetzung, Environmental Crime Directive, Environmental Liability Directive, Packaging and Packaging Waste Directive, State Aid Guidelines, Aarhus Convention, Invasive Alien Species Regulation, Revision of the Legislation on Forest Reproductive Material, usw.

2.

Ganzheitlich denken und handeln – alle Ökosystemleistungen des Waldes berücksichtigen

Der Wald ist unser wichtigster Klimaschützer und Verbündeter im Kampf gegen den Klimawandel. Aber er ist deutlich **mehr als nur Kohlenstoffsenke**. Bis zu **15 verschiedene Ökosystemleistungen** stellt der Wald bereit. Aufgabe der Forstpolitik ist es, ein **Optimum aller dieser Leistungen zu erreichen**. Ziel kann nicht sein, einige wenige oder gar nur eine Leistung, wie z.B. die Biodiversität, zu Lasten der anderen Waldökosystemleistungen zu maximieren. Eine multifunktionale und nachhaltige Waldbewirtschaftung muss daher neben den ökologischen gleichermaßen auch die sozialen und ökonomischen Aspekte berücksichtigen.

Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments zeichnet sich immer wieder durch eindimensionale, allein auf die Biodiversität von Wäldern bezogene politische Initiativen aus. Die überbordende Zuständigkeit des Umweltausschusses für ein breites Feld von Politikbereichen muss dringend eingedämmt werden.



Stopp – so geht es nicht!

Die Biodiversitätsstrategie wurde im Jahr 2020 mit der Maßgabe veröffentlicht, dass die Waldstrategie, die im Folgejahr 2021 veröffentlicht wurde, sich den Zielen der Biodiversitätsstrategie unterzuordnen hat. Dies ist eindeutig die falsche Reihenfolge, denn die Biodiversitätsstrategie ist aus der Waldstrategie abzuleiten. In der Verkehrspolitik würde bspw. auch nicht zunächst die LKW-Strategie erarbeitet und in einem Folgeschritt eine übergreifende Verkehrsstrategie.

3.

Bessere Rechtsetzung – Kontraproduktive Nebenwirkungen forstpolitischer EU-Initiativen vermeiden

Vor der Inkraftsetzung aller den Wald betreffenden Rechtsnormen der EU-Kommission müssen zukünftig nicht nur die gewollten Auswirkungen, sondern auch die **belastenden ökonomischen Nebenwirkungen** durch eine **umfassende Impact-Analyse** detailliert und präzise erfasst werden. Dies ist in der Vergangenheit durch das „Integrated Impact Assessment“ nur sehr unzureichend erfolgt.

Rechtsetzung in der Waldpolitik durch insgesamt acht der 27 EU-Generaldirektionen zeichnet sich häufig durch ein **unkoordiniertes Vorgehen**, **unklare und sich unterscheidende Definitionen** und einen **mangelnden bis nicht existenten Austausch mit der Praxis** aus. Die vielfältigen Bewirtschaftungsauflagen in der Forstwirtschaft führen zu erheblichen monetären Einbußen, die angesichts der aufgrund der klimabedingten Schäden ohnehin schwierigen ökonomischen Situation in den Forstbetrieben nicht länger tragbar sind. Notwendige Ausgleichszahlungen werden in den Vorlagen nicht berücksichtigt – ein **Verstoß gegen das Junktim-Gebot**.



Stopp – so geht es nicht!

Die im Jahr 2020 geschaffene **EU-Taxonomie-Verordnung** soll Kapitalströme in nachhaltige Investitionen lenken, um die Klima- und Energieziele der EU zu erreichen. In einem ersten Schritt wurde für die beiden Umweltziele Klimaschutz und Klimaanpassung ein Klassifizierungssystem für nachhaltige Wirtschaftstätigkeiten geschaffen. Dieser Klassifizierungsansatz wird in der forstbetrieblichen Realität zur Farce, denn für rd. 80 % der Betriebe sind die Kriterien nicht erfüllbar und notwendige kreditfinanzierte Investitionen können nicht getätigt werden.

Bspw. müssen selbst kleine Forstbetriebe mit einer Fläche über 13 Hektar für den potenziellen Kapitalgeber bei der Analyse des Klimanutzens auch den in der unterirdischen Biomasse gespeicherten Kohlenstoff berechnen. Dies ist selbst für wissenschaftliche Einrichtungen eine kaum zu bewältigende Aufgabe – und schon gar nicht für einen kleinen Forstbetrieb.

4.

Fakten statt Meinungen – Forstpolitik wissenschaftsbasiert und faktenorientiert gestalten

Nicht nur auf nationaler, sondern auch auf europäischer Ebene verläuft die forstpolitische Diskussion vielfach stark emotionalisiert. Meinungen und unbelegte Behauptungen werden häufig zu Fakten erklärt, während gleichzeitig wissenschaftlich anerkannte Erkenntnisse zu Meinungen degradiert werden. Meinungsstarke, aber **faktenarme politische Forderungen** werden von einigen politischen Akteuren mit einem moralisierenden Grundton und einem permanenten Alarmismus kombiniert, der sie selbst immer auf der moralischethisch „richtigen“ und die Forstwirtschaft auf der „falschen“ Seite verortet.

Es ist dringend geboten, hier zu einem **sachlich fundierten Diskurs zurückzukehren**, in dem die nachhaltige Waldbewirtschaftung als natur-nächste Form der Ökosystemnutzung wahrgenommen und anerkannt wird.

Stopp – so geht es nicht!

Bei der Überarbeitung der **Erneuerbaren-Energien-Richtlinie RED III** Anfang des Jahres 2023 war zunächst vorgesehen worden, „primäre Holzbiomasse“, also jegliches Waldholz, im Rahmen einer energetischen Nutzung als „nicht erneuerbar“ zu definieren, was den wissenschaftlichen Fakten widersprochen hätte, zumal „sekundäre Holzbiomasse“ (Pellets) weiterhin und richtigerweise als erneuerbar gelten sollte.

Wären die Pläne so umgesetzt worden, hätte dies dazu geführt, dass jenes Waldholz, das aus technischen oder wirtschaftlichen Gründen für keine stoffliche Nutzung in Frage kommt, im Wald liegen geblieben und verrottet wäre (sog. kalte Verbrennung), statt es energetisch zu nutzen und damit fossile Energieträger zu ersetzen. Geringwertige Holzsortimente wie auch Ast- und Kronenholz sind meist nur regional als Energieholz zu verwerten. Ohne die Nutzung von Energieholz würde die Waldpflege unterbleiben, Einnahmen für die Finanzierung des Waldumbaus fehlen und die ohnehin niedrige Geschwindigkeit beim Umbau hin zu klimastabilen Wäldern würde sich noch weiter verringern.



5.

Mitwirkung praktizieren: Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer in die Politikgestaltung einbinden

Viel zu oft wurden in den letzten Jahren Rechtsnormen über die Köpfe derer hinweg diskutiert und entschieden, die sie vor Ort im Wald umsetzen sollen – die Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer. **Politik braucht Akzeptanz durch Partizipation.** Diese darf nicht nur in Gesetzespräambeln und Sonntagsreden inflationär beschworen werden, sondern muss sich in einem partnerschaftlichen Miteinander widerspiegeln. Wir brauchen einen **Dialog auf Augenhöhe** zwischen Waldbesitz und den politischen Entscheidungsträgern auf EU-Ebene. Die Waldbesitzenden sollten als gleichberechtigte Partner in die politischen Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Diese Einbeziehung des Fachwissens der Waldbesitzenden wird durch die nicht zielführende Umstrukturierung der Fachausschüsse bei der EU-Kommission weiter reduziert (Auflösung der Civil Dialogue Group on Forestry and Cork).

Stopp – so geht es nicht!

Mit der Ende 2022 beschlossenen **EU-Verordnung Entwaldungsfreie Lieferketten** (EUDR | EU Deforestation Regulation) soll die globale Entwaldung gestoppt werden. Für eine Reihe von Produkten, u.a. Holz, muss ab Ende 2024 nachgewiesen werden, dass diese ohne die Zerstörung von Wald, d.h. ohne die illegale Umwandlung von Wald in landwirtschaftliche Fläche, erzeugt wurden. Grundsätzlich sind alle Bemühungen zu begrüßen, die weltweite Entwaldung zu reduzieren. Allerdings adressiert die geplante Anwendung der Verordnung mit Verweis auf das WTO-Konformitätsgebot ein Scheinproblem. Eine Entwaldung im Sinne der Verordnung existiert in Deutschland nicht, Wald wird nicht illegal in landwirtschaftliche Fläche umgewandelt. Der im Zuge der Umsetzung der Verordnung drohende enorme bürokratische Aufwand ist völlig unverhältnismäßig, wird an der vielerorts nicht vorhandenen EDV-Ausstattung der Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer scheitern, diese so vom Marktzugang ausschließen, die globale Entwaldung nicht eindämmen und die EU-Skepsis vieler Waldbesitzenden befeuern. In der nationalen Umsetzung der EUDR sind daher dringend Sachgerechtigkeit, Verhältnismäßigkeit und Pragmatismus gefordert.



The page features several green stars of varying sizes scattered across the top and left margins. The main text is centered in the upper half of the page.

Die deutschen Waldbesitzer **bekennen sich klar zu Europa**. Europa ist nicht die Ursache, sondern die Lösung vieler Probleme. Nur gemeinsam werden wir Europäerinnen und Europäer die uns verbindenden Werte wie **Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Meinungsfreiheit** verteidigen und weltweit stärken können. Deshalb ist die europäische Integration Teil der politischen und wirtschaftlichen DNA Deutschlands. Europa voranzubringen ist aber nur möglich, wenn seine Schwächen klar benannt und an Verbesserungen hart gearbeitet wird.

Die deutschen Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer fordern daher eine **Neuausrichtung der EU-Waldpolitik**, die einer nachhaltigen umweltgerechten Waldbewirtschaftung keine Schranken auferlegt, sondern die **Bereitstellung aller Waldökosystemleistungen auf ganzer Breite** und damit eine **zukunftsste Waldbewirtschaftung** ermöglicht. Der Verzicht darauf wäre ein gravierender ökologischer und ökonomischer Fehler, der zukünftige Generationen belasten würde. Wir setzen darauf, dass die Stimme der deutschen Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer im neuen europäischen Parlament und in der neuen europäischen Kommission stärker als bisher wahrgenommen wird!

Bei Fragen und Anregungen
melden Sie sich gerne bei uns unter
info@waldeigentuerer.de



AGDW – Die Waldeigentümer
Reinhardtstraße 18A · 10117 Berlin
Telefon +49 30 311667620
info@waldeigentuerer.de

Präsident: Prof. Dr. Andreas W. Bitter
Hauptgeschäftsführerin: Dr. Irene Seling (ViSdPG)

Stand: Februar 2024